

An den
foodwatch e. V.
Herrn Geschäftsführer Thilo Bode
Herrn stellv. Geschäftsführer
Matthias Wolfschmidt
Brunnenstraße 181
10119 Berlin

26. August 2014

EINGEGANGEN AM 29. AUG. 2014

Sehr geehrter Herr Bode,
sehr geehrter Herr Wolfschmidt,

für Ihr Schreiben vom 4. Juli dieses Jahres danke ich Ihnen. Zu den von Ihnen aufgeworfenen Fragen möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

Aus Sicht der Bundesregierung stellt das geplante Freihandelsabkommen mit den USA, abgekürzt TTIP, eines der wichtigsten transatlantischen Projekte der letzten Jahrzehnte dar.

Dabei ist gerade das Thema Transparenz für die Bundesregierung von großer Bedeutung. Ohne breite gesellschaftliche Zustimmung wird TTIP kaum eine Realisierungschance haben. Deshalb setzt sich die Bundesregierung für eine höchstmögliche Transparenz der Verhandlungen ein. Allerdings können solche Verhandlungen, insbesondere zu sensiblen Themen, nicht vollständig in der Öffentlichkeit stattfinden. Die Europäische Kommission pflegt deshalb seit Verhandlungsbeginn einen breit angelegten Dialog mit einer großen Zahl von Interessenvertretern. Auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das die Verhandlungen innerhalb der Bundesregierung federführend begleitet, hat einen Beirat mit Vertretern unter anderem von Gewerkschaften, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden sowie des Kulturbereichs gegründet, der über die Verhandlungen informiert wird. Außerdem soll dieser auch beraten und zur deutschen Positionierung beitragen.

Die Bundesregierung hat sich zudem von Anfang an kritisch zu der Frage geäußert, ob ein Investitionsschutzkapitel mit einem sogenannten Investor-Staat-Schiedsverfahren in TTIP aufgenommen werden sollte. Die Bundesregierung sieht dazu weiterhin keine Notwendigkeit, weil Investoren sowohl in der EU als auch in den USA schon heute hinreichenden Schutz vor

den staatlichen Gerichten in Anspruch nehmen können. Die Europäische Kommission hat die in der europäischen Öffentlichkeit zunehmenden Bedenken gegen ein Investitionsschutzkapitel übrigens aufgegriffen und eine öffentliche Konsultation zu diesen Fragen durchgeführt. Die Verhandlungen zum Investitionsschutz in TTIP wurden daraufhin ausgesetzt. Nach Auswertung der Konsultation wird die EU-Kommission ihre Verhandlungsposition mit den Mitgliedstaaten erneut abstimmen.

Die Bundesregierung wird sich weiterhin für ein ausgewogenes, umfassendes und ambitioniertes Abkommen einsetzen, das die hohen in der EU und in Deutschland geltenden Schutzstandards, unter anderem in den Bereichen des Umwelt-, Verbraucher- und Sozial-schutzes nicht nur sichert, sondern auch den politischen Gestaltungsspielraum in diesen Bereichen wahrt. Die Gefahr eines „Einfrierens“ des *status quo* durch TTIP sehe ich daher nicht.

Schließlich erlaube ich mir den Hinweis, dass auch das Vorsorgeprinzip bei den Verhandlungen nicht zur Disposition steht. Die Europäische Kommission hat dies bereits mehrfach bestätigt.

Leider ist es mir derzeit aus terminlichen Gründen nicht möglich, Sie zu einem persönlichen Gespräch einzuladen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Huber', written in a cursive style.